

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/29

10. Februar 1977

Koalitionsübereinstimmung über MBFR

-----  
Zwischen SPD und FDP ist kein Keil zu treiben

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 1 / 32 Zeilen

Umweltschutz contra Arbeitsplätze ?

-----  
Struktur- und Umweltpolitik rechtzeitig aufeinander abstimmen

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann für Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 72 Zeilen

Bundeskripo - ein Weg in die Sackgasse

-----  
Sicherheitsgefühl und Vertrauen in die Polizei nicht untergraben

Von Werner Staak

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 4 und 5 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-22-  
Telefon: 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848-68 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Koalitionsübereinstimmung über MBFR

Zwischen SPD und FDP ist kein Keil zu treiben

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Am 3. Februar 1977 hat die 11. Runde der Gespräche über beiderseitige, ausgewogene Truppenvermindierungen in Mitteleuropa begonnen. Seit mehr als drei Jahren werden diese Gespräche zwischen Ost und West in Wien geführt, ohne daß es bisher gelang, Vereinbarungen zu erzielen oder selbst nur zu konkreten Verhandlungen zu kommen.

Aufmerksame Beobachter der Massenmedien mußten den Eindruck gewinnen, als habe sich in diesen drei Jahren überhaupt nichts in der Wiener Konferenz ereignet. Wollte man den Stellungnahmen folgen, so käme man wohl zu dem Eindruck, daß die westliche Allianz durch ihre Vorschläge die Grenze dessen, was sicherheitspolitisch vertretbar ist, bereits überschritten habe. Trotzdem, so kann man oft lesen, sei die östliche Seite nicht konzessionsbereit, die Gespräche insgesamt festgefahren. Daß dieser Eindruck täuscht, habe ich in einigen Beiträgen zur öffentlichen Diskussion kürzlich aufgezeigt.

Es ist erfreulich, daß die von der Freien Demokratischen Partei herausgegebene Zeitschrift "liberal" in ihrer Januar-Ausgabe einen Aufsatz zum Thema MBFR bringt, in dem zweierlei bewiesen wird:

1/ Beide Seiten sehen die Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten der jeweils anderen Seite heute deutlicher als zu Beginn der Konferenz.

2/ Beide Seiten haben ihre Grundpositionen geändert und sich aufeinander zu bewegt.

In dem Aufsatz wird ferner in bemerkenswerter Geschlossenheit und Prägnanz die bisherige Entwicklung der MBFR-Gespräche korrekt dargelegt. Dieser Beitrag in "liberal" wird es den sicherheitspolitisch interessierten Lesern wesentlich erleichtern, sich ein wirklichkeitsnahes Bild von den MBFR-Gesprächen zu machen.

Und noch eines ist erfreulich: Der Beitrag erscheint, sicherlich nicht zufällig, in einem Augenblick, in dem die CDU/CSU und bestimmte Presseorgane sich bemühen, grundsätzliche Meinungsunterschiede zwischen FDP und SPD zu den MBFR-Gesprächen nachzuweisen. Er widerlegt alle Behauptungen über einen angeblichen Dissens zwischen den Regierungsparteien in Fragen der Wiener Truppenabbau-Konferenz. Die Hoffnungen all' jener, die glauben, einen Keil zwischen FDP und SPD treiben zu können, sind zerstört.

(-/10.2.1977/ks/10)

+ + +

Umweltschutz contra Arbeitsplätze ?

**Struktur- und Umweltpolitik rechtzeitig aufeinander abstimmen**

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann für Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Regierungserklärung im Jahre 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt hat der Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland erstmals hohe politische Priorität erhalten. Das gleichzeitig in Angriff genommene Umweltprogramm der Bundesregierung und die in der Folgezeit beschlossenen Umweltgesetze haben die Erkenntnis politisch umgesetzt, daß Umweltschutzbelastungen kein Tagesproblem, sondern Begleit- und Folgeerscheinungen der Industrialisierung sind und in sich die Gefahr bergen, die Vorteile einer Industriegesellschaft durch Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in ihr Gegenteil zu verkehren.

Mit der konjunkturellen und strukturellen Krise in der Bundesrepublik vollzog sich in weiten Kreisen ein qualitativer Bruch in der Umweltschutzdiskussion. Die Formulierung und Umsetzung einer mittel- und langfristig ökologisch orientierten Politik rückte zugunsten einer kurzfristig - ökonomisch orientierten - Politik der wirtschaftlichen Krisenbewältigung in den Hintergrund. Selbst Mitglieder der Bundesregierung warnen vor den "Kollegen von der Umweltfront" mit dem Hinweis, erhöhte Aufwendungen für Umweltschutz würden die Unternehmensgewinne schmälern, die Investitionsanreize mindern, Arbeitsplätze gefährden bzw. neue Arbeitslosigkeit schaffen. Es überrascht, wie unbesehen und unreflektiert diese Behauptung -übrigens auch in der Debatte um die sog. friedliche Nutzung der Kernenergie - übernommen und damit die Diskussion zur Sache oft erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Es lohnt also, die Konflikte zwischen Umweltqualität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung näher zu untersuchen.

In der Bundesrepublik gilt noch immer die statistische Größe Bruttoinlandsprodukt (BIP) als entscheidender Indikator für Wirtschaftswachstum, Wohlfahrt und soziale Sicherung. Zuwachsraten des BIP zu erreichen, sind entscheidende Voraussetzung für die Reformpolitik in vielen Bereichen. Niemand kann das zum gegenwärtigen Zeitpunkt ernsthaft bestreiten.

Infrage gestellt wird freilich die Behauptung, quantitative Zuwachsraten des BIP in entsprechender Höhe würden automatisch in qualitative Wohlfahrtssteigerung einmünden. Es kann durchaus sein, daß sich durch Umweltschutzmaßnahmen das Wachstum des BIP vermindert. Nur besagt diese Aussage für sich allein genommen wenig, da die statistische Größe BIP die Umweltschäden völlig vernachlässigt. Soziale Auswirkungen der Umwelt-

belastung, wie beispielsweise die Minderung des Wohlstandes durch Gesundheitsschäden, der Raubbau und Verschleiß volkswirtschaftlicher Produktivkräfte und Ähnliches werden im BIP nicht erfaßt oder sogar positiv (z.B. Reparaturaufwand) aufgezählt. Mit anderen Worten: bei verschärften Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität kann durchaus die menschliche Wohlfahrt steigen, obwohl dadurch das Wachstum des BIP vermindert worden sein mag. Dieser Zusammenhang darf nicht aus den Augen verloren werden.

Hinzu kommt, daß es in der Bundesrepublik keine ausreichenden Untersuchungen über das Verhältnis des Nutzens des Umweltschutzes im Vergleich zu den Kosten für Umweltschutzmaßnahmen gibt. Nach einer Untersuchung der Environmental Protection Agency (EPA), USA, werden die Umweltschäden durch Stäube und Schwefeloxyside in Höhe von ca. elf Milliarden Dollar pro Jahr als doppelt so hoch eingeschätzt wie die zu ihrer Vermeidung erforderlichen jährlichen Umweltschutzkosten. Dieser Vergleich verdeutlicht, daß die Behauptung, Umweltschutz sei zu teuer, selbst ökonomisch nicht haltbar ist, wenn man den gesamtwirtschaftlichen Rahmen mittel- und langfristig zugrunde legt.

Ähnlich verhält es sich auch mit der Behauptung, Umweltschutz gefährde in großem Umfang Arbeitsplätze. "Gemeinwirtschaftlich sind infolge umweltpolitischer Maßnahmen dann keine erheblichen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation zu erwarten, wenn die durch Umweltschutzinvestitionen sinkende Kapitalproduktivität durch eine erhöhte Investitionstätigkeit wettgemacht wird" - so beurteilt die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland den angeblichen Konflikt zwischen Umweltschutz und Beschäftigungspolitik, wobei es zu diesem Punkt kein Minderheitsvotum gab.

Natürlich ist nicht zu bestreiten, daß intensive Umweltmaßnahmen regional und sektoral - zumal bei industrieller Monostruktur - mit den beschäftigungspolitischen Zielen kollidieren können. Zwar wird durch einen verstärkten Umweltschutz die "Umweltschutzindustrie" einen erheblichen Wachstumsschub erhalten, der neue Arbeitsplätze schafft, aber die Arbeitnehmer sind weder sektoral noch regional beliebig mobil und einsetzbar, so daß sich vorübergehend Arbeitslosigkeit ergeben kann. Daraus zu folgern, man müsse deshalb auf als notwendig anerkannte Umweltschutzmaßnahmen verzichten, halte ich für verfehlt. Es kommt vielmehr darauf an, diesen möglichen Konflikt zwischen Umweltschutz und Vollbeschäftigung durch eine frühzeitige Abstimmung und Integration zwischen Umwelt- und regionaler und sektoraler Strukturpolitik zu vermeiden bzw. zu verringern.

(-/10.2.1977/va/10)

+ + +

## Bundeskripo - ein Weg in die Sackgasse

Sicherheitsgefühl und Vertrauen in die Polizei nicht untergraben

Von Werner Staak

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der grauenvolle fünffache Mord in Braunschweig und die mit ungeheurer Brutalität durchgeführten Geiselnahmen in den Fällen Snoek und Oetker haben uns alle tief betroffen. Derartige Fälle werden leider dazu benutzt, Hysterie, Panik und Stimmungsmache zu erzeugen.

Mit konstanter Regelmäßigkeit werden derartige Fälle unkritisch als Beleg für die Forderung nach Einführung einer Bundeskripo herangezogen - mit dem vielfach unausgesprochenen Vorwurf, die Polizei habe die Gewaltkriminalität nicht mehr im Griff.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Deshalb hat sie es nicht verdient, durch pauschale Angriffe diskriminiert und verunsichert zu werden. Wer seine Forderung nach einer allgewaltigen Bundespolizei durchdrücken will, braucht das Geschäft mit der Angst, weil nur bei einer verängstigten und verunsicherten Bevölkerung die klar erkennbaren Erfolge der Polizei verschüttet werden können.

Alle Verfechter einer Bundespolizei verschweigen, daß 95 bis 98 Prozent aller Fälle von Schwerstkriminalität von der Polizei aufgeklärt wurden. Dieses hat die Polizei auch ohne eine Bundeskripo geschafft, in zum Teil enger Kooperation mit dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern, weil mindestens 75 Prozent der Delikte regional eingebunden und wir daher bei der Aufklärung weitgehend auf spezielle Orts- und Milieukennnisse der Polizei angewiesen sind. Dieses kann eine Bundeskripo überhaupt nicht leisten.

Wer die Erfolgsquote von 95 bis 98 Prozent auch künftig halten oder gar steigern will, darf das Pferd nicht am Schwanz aufzäumen. Wir müssen ständig die Einsatzkräfte der Landespolizeien anhand der neuesten Erfahrungen überprüfen und verfeinern, die Ausrüstung auf dem modernsten Stand halten und die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund verbessern.

Auf diesem Wege wird Hamburg auch künftig seine Arbeit konsequent forsetzen, denn: je höher wir die Kompetenzen ansiedeln, desto länger wird automatisch der Dienstweg mit größeren Reibungsverlusten und geringerer Effizienz. Eine Entscheidung für mehr Bundeskompetenz kann dann aber auch zu einer Entscheidung gegen eine schnellere Aufklärung von Schwerstverbrechen werden, weil die notwendigen Spezialkräfte und Einsatzmittel nicht sofort zur Verfügung stehen.

Hamburg hat in der Vergangenheit niemals gezögert, gemeinsam mit dem Bund und den Ländern die Verbrechensbekämpfung effektiver zu organisieren.

Dieses werden wir auch künftig tun. Ein föderatives System wie das unsrige braucht ein wirkungsvolles Bundeskriminalamt, das für die Koordination der polizeilichen Arbeit unentbehrlich ist. Wir haben deshalb alle Schritte unterstützt, die das Bundeskriminalamt zu einer der leistungsfähigsten Verbrechensbekämpfungszentrale machten.

Wir haben uns in diesem Zusammenhang immer dann in der Innenministerkonferenz (IMK) für eine Kompetenzerweiterung des Bundeskriminalamtes ausgesprochen und eingesetzt, wenn dieses von der Sache her notwendig war. Allerdings sind wir nicht bereit, uns durch Emotionen und durch eine Ständesorganisation, die aus besoldungspolitischen Gründen die Bundeskripo auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Grundlage für erfolgreiche polizeiliche Arbeit kaputtmachen zu lassen.

Jeder Versuch, eine Bundeskripo zu schaffen, führt automatisch zur polizeitaktisch unverantwortlichen Spaltung von Schutz- und Kriminalpolizei. Wirksame Verbrechensbekämpfung aber verlangt die unmittelbare, enge Zusammenarbeit von Schutz- und Kriminalpolizei. Wer Bundeskripo sagt, muß dann auch konsequent die Schutzpolizei auf Bundesebene wollen. Dieses aber kann keiner fordern, dem es ernsthaft um die Sicherheit der Bürger geht und der am föderativen Aufbau der Bundesrepublik festhalten will.

Wir werden auf der nächsten IMK am 17./18. Februar in Berlin die sachlichen Vorschläge prüfen, die Bundesinnenminister Werner Maihofer zur wirksamen Bekämpfung der Gewaltkriminalität unterbreiten wird und dabei wie bisher die Verbesserungen aufgreifen und unterstützen, die von der Sache her notwendig sind.

Wir haben in Hamburg mit unserer Polizeireform durch die Konzentration und Integration aller Kräfte, für die Verbrechensbekämpfung die Voraussetzungen für einen weiteren wirksamen Einsatz auch bei schwersten Gewalttaten geschaffen. Für uns gibt es keine Alternative "Bundeskripo oder Erfolglosigkeit". Unser Weg zum Erfolg ist und bleibt die ständige Überprüfung der Einsatzkonzeption, das ständige Überprüfen der Einsatzmittel nach den modernsten Erkenntnissen und eine weitere systematische Arbeit mit dem mobilen Einsatzkommando (MEK). Gerade diese Einheit hat in der Vergangenheit auch mit spektakulären Erfolgen bewiesen, wie schlagkräftig eine Landespolizei im Kampf gegen schwerste Gewalttaten sein kann.

Wer mehr Sicherheit für den Bürger will, darf nicht ständig behaupten, die Polizei sei unfähig, ihre Aufgabe zu bewältigen. Wir meinen, daß die Polizei bisher ihre Arbeit sehr gut gemacht hat, dazu gehört nicht nur der Kampf gegen Gewaltverbrechen, dazu gehört auch die sogenannte tägliche Kleinarbeit. Hierfür hat die Polizei unseren Dank verdient.

Wer die Erfolge der Polizei in der Bekämpfung der Gewaltkriminalität, die für alle sichtbar auf dem Tisch liegen, einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, der untergräbt das Sicherheitsgefühl der Bürger und das Vertrauen in die Polizei.  
(-/10.2.1977/va/10)